

## „Wer sieht, dass er nicht ohnmächtig ist, interessiert sich mehr“



Der Präsident des Rechnungshofs (RH), **Josef Moser**, verweist im Gespräch mit **Saskia Jungnickl** auf die politische Bereitschaft zum Kampf gegen den Stillstand. In gewissen Bereichen passiere etwas, die großen Brocken sind aber noch ausständig.

**STANDARD:** Wie viele der Schüler kennen wohl den Rechnungshof?  
**Moser:** Jetzt kennen sie ihn. Es ist wichtig für eine Demokratie, dass die Bürger wissen, welche Institutionen es in einem Staat gibt. Der RH wird dieses Jahr 250 Jahre alt, und das ist eine gute Gelegenheit, zu zeigen, was die Finanzkontrolle ist. Es wird Ausstellungen und Veranstaltungen geben.

**STANDARD:** Barbara Prammer hat gesagt, Sie und Ihre Leute kontrollieren alles in der Republik. Kontrollieren Sie genug?  
**Moser:** Es gibt Handlungsbedarf, das ist richtig. Wir kontrollieren im Wesentlichen dort, wo staatliche Gelder eingesetzt werden. Aber etwa nicht den Bereich von Gemeinden unter 10.000 Einwohner oder Unternehmen ab einer Beteiligung der öffentlichen Hand von 25 Prozent. Hier sind noch Schritte erforderlich.

**STANDARD:** Sollte der RH mehr Durchsetzungsvermögen haben?  
**Moser:** Darum geht es nicht. Der Rechnungshof ist Organ des Nationalrats und der Landtage und gibt die Expertise. Dort, wo staatliches Handeln stattfindet, muss Transparenz bestehen.

**STANDARD:** Die Transparenz ist in vielen Bereichen nicht gegeben.  
**Moser:** Das ist richtig. Etwa bei Skylink haben wir darum gekämpft, in die Geschäftsgebarung mehr Transparenz hineinzubringen. Da gab es zunächst eine Prüfungsverweigerung, dann hat das Parlament das Gesetz geändert, und wir konnten Einblick nehmen. Aber es ist so: Kontrolle lobt und bekapft man zu gleichen Teilen. Entscheidend ist, dass wir unabhängig und objektiv sind.

**STANDARD:** Kritiker sagen, in Österreich herrscht Stillstand.

**Moser:** Der RH hat aufgezeigt, dass Strukturformen nötig sind. Da sind wir in bester Gesellschaft, auch weil von Kanzler, Vizekanzler, Minister darauf hingewiesen wird. Wichtig ist der politische Wille und die Bereitschaft, nötige Veränderungen durchzuführen.

**STANDARD:** Sehen Sie den Willen?  
**Moser:** Man kann auf positive Entwicklungen verweisen – etwa im Bereich der Pflege, wo ein Entwurf vorliegt, der die Vorschläge des RH aufgenommen hat. Oder im Bereich der Pensionen, wo es Änderungen gab. In gewissen Bereichen passiert etwas, die großen Brocken sind noch ausständig.

**STANDARD:** Wie bei Korruption?  
**Moser:** Die findet in jeder Zivilisation statt, egal, ob es sich um ein Entwicklungsland oder ein hochentwickeltes Land handelt. Wichtig wäre, dass man sie durch Transparenz eindämmt. Deshalb ist der RH darum bemüht, Licht ins Dunkel zu bringen.

**STANDARD:** Die Politikverdrossenheit steigt. Woran liegt das?  
**Moser:** Der RH steht im Bereich Glaubwürdigkeit gut da. Es ist unsere Verantwortung, die budgetäre Situation aufzuzeigen und dass Strukturformen nötig sind.

**STANDARD:** Es heißt, Jugendliche interessieren sich wenig für Politik.  
**Moser:** Entscheidend ist, den Jugendlichen eine Plattform zu bieten. Wer sieht, dass er nicht ohnmächtig ist, sondern sich einbringen kann, interessiert sich mehr. Wie man hier sieht, sind die Jugendlichen mit Freude und Engagement dabei.

**JOSEF MOSER** (55) ist seit Juli 2004 Rechnungshof-Präsident. Von 1992 bis 2003 war er Klubdirektor des Freiheitlichen Parlamentsklubs. Foto: Nowak



„Freiheit und Toleranz“: Gegen das Image der streitenden Politiker gingen Schüler im Parlament an und erstellten ein Gesetz ganz ohne wüste Auseinandersetzungen. Foto: Matthias Cramer

## Ein Schulgesetz aus Schülerhand

Zuhören statt reinschreien, diskutieren statt streiten: Beim bisher siebenten Jugendparlament führten Schüler vor, was bei den Mandatären oft falsch läuft. Das Interesse an Politik wurde geweckt – kurzfristig zumindest.

Saskia Jungnickl

Wien – Als der junge Mann seine Rede beendet, passiert etwas Ungewöhnliches: Alle Fraktionsteilnehmer applaudieren. Die Ausschussvorsitzende ist erstaunt: „Ich sehe, es herrscht noch eine freundschaftliche Stimmung. Normalerweise gibt es keinen Applaus für andere Parteien.“

Das Bild von streitenden Politikern, die in der Sache zu wenig weiterbringen, hat sich in der Bevölkerung festgesetzt. „Politikern geht es um sich und ihre Positionen. Sie wollen ihre Meinung durchsetzen, alles andere ist egal“, sagt einer der Schüler aus den vier Klassen aus Oberösterreich. Andere stimmen zu, sie sehen das genauso. Für einen Tag nahmen sie am Donnerstag in

Wien am Jugendparlament teil, um Politik zu lernen.

Eingeteilt in vier Fraktionen, erarbeiten die insgesamt 90 Schüler einen Gesetzesentwurf, der am Ende des Tages in einer Plenarsitzung zur Debatte steht. Das Thema: Bewegung und Sport in der Schule. Die aufgeworfenen Fragen: Sollen Schüler in Leistungsgruppen eingeteilt werden? Werden dadurch Freunde auseinandergerissen? Was soll in die Bewertung außer der nachweislich erbrachten Leistung einfließen?

Die Fraktionen werden nach Interessengebieten gebildet. 18 Leute gehören dem mittelgroßen Klub Türkis an. „Wie kann beurteilt werden, wie sehr sich jemand bemüht?“, fragt einer der Schüler, und unversehens steckt man in einem politischen Dilemma, mit dem sich die Nationalratsabgeordneten öfters herumschlagen. Müssen etwa Migranten integrationswillig sein und wenn ja, wer misst es? Und woran? Mit der Frage „Was ist Leistung, und wer definiert sie?“, kommt auch der neue ideologische Kampfbegriff der ÖVP ins Spiel.

Aus jedem Nationalratsklub gibt es einen Vertreter, der den Schülern zur Seite steht. Der Abgeordnete Michael Hammer (ÖVP) unterstützt Klub Lila. Bei der ers-

ten Ausschusssitzung plädiert sein Klub dann als Einziger der vier für Leistungsgruppen.

Stefan Petzner (BZÖ) hilft als Experte im Klub Gelb. Es ist der größte Klub mit 27 Leuten und entsprechend entspannt. Bei der Koalitionsfrage ist er aufgrund der Mannstärke im Vorteil.

Image der Politik verbessern

„Diese Aktion verbessert vielleicht ein wenig das Image der Politik“, hofft Petzner. Tatsächlich ist der einheitliche Tenor in der Mittagspause nach vier Stunden Parlamentsarbeit: Sich mit einem konkreten Thema zu beschäftigen, macht Politik deutlich interessanter. „Vorher wusste ich nicht, was Koalition, Opposition oder absolute Mehrheit heißt“, sagt eine Schülerin. „Vielleicht les ich in nächster Zeit hin und wieder den Politikeil in der Zeitung.“

Unterstützt wurden die 15- und 16-jährigen Schüler von Rechnungshof-Präsidenten Josef Moser (siehe Interview links). Die Harmonie der Fraktionen zog sich bis zum Ende hin durch: Sowohl der Gesetzesbeschluss von Klub Weiß als auch der von Türkis wurden mit Mehrheit angenommen. Sportleistungsgruppen werden abgelehnt, die Schüler sollen die Sportart nach Interesse wählen.

### KURZ GEMELDET

#### Harte Strafen im neuen Lobbyisten-Gesetz

Wien – Strenge Regel im Entwurf von Justizministerin Beatrix Karl (ÖVP) für ein „Lobbying-Transparenz-Gesetz“: Das „Lobbyisten-Register“ soll „in wesentlichen Teilen“ öffentlich einsehbar sein. Bei Verstößen soll es ein abgestuftes System an Konsequenzen geben: von Abmahnungen über Verwaltungsstrafen bis zu 60.000 Euro bis hin zu einer mit einem Tätigkeitsverbot verbundenen Streichung aus dem Register. Ein Funktionsträger darf künftig während der Dauer seiner Funktion nicht als Lobbyist tätig sein darf. (APA)

#### Prominente Hilfe für Bildungsvolksbegehren

Wien – Mit einem am Mittwoch eingerichteten Beirat aus heimischer Prominenz will der Industrielle Hannes Androsch mehr Aufmerksamkeit auf das von ihm initiierte Bildungsvolksbegehren lenken: Mitglieder sind etwa Kabarettist Lukas Resetarits, Brigadier Gerald Karner oder Künstlerin Valie Export sollen sich auch inhaltlich einbringen. (APA)

## Herr Prähauser und die Einzelmeinung

In der SPÖ versucht man die parteiinterne Debatte über die Abschaffung der Wehrpflicht flachzuhalten

Wien – Im Verteidigungsministerium sieht man die Aussagen von SPÖ-Wehrsprecher Stefan Prähauser cool. Oder bemüht sich zumindest darum. „Wir kennen seine Meinung“, sagt der Sprecher von Minister Norbert Darabos, „wir wissen, dass Prähauser für die Wehrpflicht ist“. Und man möchte jetzt nicht zusätzlich Öl ins Feuer der Debatte gießen.

Prähauser hatte sich am Mittwoch bei einem Symposium der Offiziersgesellschaft, die sich derzeit mit ihrem Minister auf Kriegsfuß befindet, einmal mehr – entgegen der vorgegebenen Parteilinie – klar für die Beibehaltung der Wehrpflicht ausgesprochen. Mit der SPÖ ging Prähauser hart ins Gericht: Als er vom Schwank seiner Partei in Sachen Wehrpflicht erfuhr, „habe ich geglaubt, das ist ein schlechter Scherz“. Mit Minister Darabos habe er Mitleid: „Das ist ihm nicht gut bekommen, und er fühlt sich bei der Geschichte nicht wohl“, meinte Prähauser. „Es ist halt nicht einfach, durch

Straßen zu gehen und als der zu gelten, der das gemacht hat, was der Chef gesagt hat.“

Auch in der Partei bemüht man sich, die Sache runter zu spielen. Die Botschaft ist klar: Es handelt sich nur um eine Einzelmeinung. „Damit hat er seine persönliche Meinung zum Ausdruck gebracht“, wird im Parlamentsklub festgehalten. Und wie bewertet man die Aussagen in der Parteizentrale? „Dass Prähauser sich eher mit der Wehrpflicht anfreundet, ist ja nichts Neues“, sagt SPÖ-Bundesgeschäftsführer Günther Krüger im Gespräch mit dem

STANDARD. Es werde „in der SPÖ akzeptiert, dass er eine abweichende Haltung hat – warum auch nicht? Ich bin ganz entspannt in dieser Frage.“ Die überwiegende Mehrheit teile die Position Prähausers im übrigen nicht. Krüger sieht daher keinen Anlass für „innerparteiliche Konsequenzen“.

Prähauser ist aber nicht der einzige rote Funktionär, der mit der Linie des Verteidigungsministers seine Schwierigkeiten hat. In den Salzburger Nachrichten zeigt sich Salzburger Landeshauptfrau Gabi Burgstaller bezüglich einer Volksbefragung skeptisch, so sich die Regierungspartner SPÖ und ÖVP nicht auf ein Modell einigen können: „Es wäre ein Armutszugnis, wenn ein Koalitionspartner allein eine Befragung macht“, sagt Burgstaller. „Da stellt sich ja jeder die Frage: Wozu haben wir eine Regierung?“, folgert die Landeshauptfrau. Sie hielte es „auch für falsch, wenn eine Regierung den Leuten zwei Modelle vorlegt und sagt: entweder – oder“.

Im Verteidigungsministerium, wo ja Hausherr Norbert Darabos ganz im Sinne von Bundeskanzler Werner Faymann noch für eine Volksbefragung eintritt, aber offenbar schon den Glauben daran verloren hat, sieht man die Differenzen mit den Landeshauptleuten auch in einem anderen Grund begraben. Prinzipiell seien die roten Landesorganisations für die Heeresreform und für die Umstellung auf ein Berufsheer. Das habe Darabos in einer Tour durch alle Bundesländer in Erfahrung bringen können. Bedenken gebe es vor allem wegen des Katastrophenschutzes und wegen der Standort- der Kasernen.

Denn eines sei klar: Wenn das Bundesheer kleiner wird, werde man zwangsläufig auch die Standorte an die neue Dimension anpassen müssen. Und das passt den Ländern nicht, weil dieses Konzept zwangsläufig auf eine Schließung von Kasernen hinauslaufen müsse. (pm, vol)

Kommentar Seite 38



Stefan Prähauser (links) leistet sich eine andere Meinung als Norbert Darabos. Foto: AP, Parlament